

Digitale LDK am 12.-13.12.2020

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.5 Grün wählen und Baden-Württemberg leben

1 Kapitel 16: Europa und Internationales

2 **bleiben wir der Welt verbunden und in Europa zuhause**

3 Baden-Württemberg liegt mitten im Herzen Europas – wir leben Europa! Für uns
4 Grüne ist darum die Europäische Einigung Staatsräson. Wir pflegen einen
5 selbstverständlichen Austausch mit unseren europäischen Nachbar*innen. Und wir
6 profitieren von der europäischen Integration: Kaum eine Region in Europa ist
7 dank der wirtschaftlichen Zusammenarbeit so wohlhabend wie Baden-Württemberg.

8 Wir Grüne stehen ein für Frieden, Demokratie, Menschenrechte und die globalen
9 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Diese Werte sind
10 Grundlage unserer grünen Regierungspolitik in Baden-Württemberg, in Europa und
11 in unseren internationalen Beziehungen. Ressortübergreifend haben wir die
12 entwicklungspolitischen Leitlinien Baden-Württembergs erarbeitet und dabei die
13 Zivilgesellschaft in dem breit angelegten Beteiligungsprozess
14 „Weltbürger:gefragt!“ einbezogen. Auf dem „Europadialog Baden-Württemberg“
15 gründet das europapolitische Leitbild der Landesregierung.

16 Die Corona-Pandemie hat gezeigt: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit muss
17 bei der Krisenbewältigung auf verlässliche Füße gestellt werden. Dafür braucht
18 es europäische Solidarität statt nationaler Alleingänge! So haben Krankenhäuser
19 des Landes Patient*innen aus dem Elsass aufgenommen, die schwer an COVID-19
20 erkrankt waren, als die Kapazitäten vor Ort nicht mehr ausgereicht hatten.

21 **Für ein grenzüberschreitendes Gesundheitsmanagement**

22 Die Corona-Krise lässt sich nur gemeinsam bewältigen. Daher fordern wir Grüne,
23 innerhalb der EU ein gemeinsames Management für eine grenzüberschreitende
24 öffentliche Gesundheit aufzubauen. Hierzu gehört ein Bettennachweissystem, um
25 freie Behandlungskapazitäten in Europa besser nutzen zu können. Wir werden
26 entschieden für eine koordinierte Zusammenarbeit im Gesundheitswesen vom
27 Bodensee bis zum Oberrhein arbeiten. Hierfür wollen wir die Kooperation mit der
28 Schweiz und Frankreich weiterentwickeln. Das trinationale Kompetenzzentrum
29 TRISAN und der neue Grenzüberschreitende Ausschuss (GRÜZ) sind dabei wichtige
30 Bausteine. Auch den Katastrophenschutz wollen wir besser mit unseren Nachbarn
31 abstimmen. Der koordinierte EU-Katastrophenschutz rescEU benötigt eigene
32 Kompetenzen und Kapazitäten. Nur so kann das Katastrophenmanagement in
33 Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten und Bundesländern bedarfsgenau gesteuert
34 werden.

35 Um unsere internationalen Abhängigkeiten in der Gesundheitsversorgung zu
36 verringern, wollen wir die Beschaffung von Medikamenten, Impfstoffen,
37 medizinischen Geräten und Schutzkleidung diversifizieren. Wir Grüne wollen die
38 Produktion in Europa und an den bestehenden Standorten in Baden-Württemberg

39 stärken. Wir werden gezielt in Forschung und Entwicklung im Medizin- und
40 Pharmaziebereich investieren.

41 **Internationale Allianzen für Klima- und Umweltschutz vertiefen**

42 Mit unserer nachhaltigen Industrie und innovativen Forschungslandschaft haben
43 wir die Möglichkeit, die Zukunft Europas mitzugestalten. Fester Bestandteil
44 unseres europäischen Projekts für das neue Jahrzehnt ist die klimafreundliche
45 Transformation der Wirtschaft. Mit dem European Green Deal hat sich die EU einen
46 konsequenten Klimaschutz vorgenommen. Wir wollen Baden-Württemberg zum
47 Musterland machen, das den Green Deal ambitioniert umsetzt. Wir müssen die Ziele
48 des Pariser Klimaabkommens erreichen und zugleich Arbeitsplätze in Europa
49 erhalten und neue schaffen. Unser grün-geführtes Land war entscheidend an der
50 Gründung der „Under2 Coalition“ beteiligt. In dieser Initiative arbeiten
51 innovative Regionen aus der ganzen Welt beim Klimaschutz zusammen. Baden-
52 Württemberg hat sich hier mit der Weiterentwicklung seines Klimaschutzgesetzes
53 bereits ehrgeizige Ziele gesetzt. Wir unterstützen den Beschluss des
54 europäischen Parlamentes, die Treibhausgas-Emissionen bis 2030 um mehr als 60
55 Prozent bezogen auf das Jahr 1990 zu reduzieren. Unser Ziel ist es, gemeinsam
56 die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Baden-Württemberg soll hierzu
57 einen fairen Beitrag leisten. Wir werden auch bestehende regionale und
58 internationale Allianzen im Umweltsektor vertiefen. Dafür werden wir die
59 Zusammenarbeit der vier Motoren Europas – Katalonien, Auvergne-Rhône-Alpes,
60 Lombardei und Baden-Württemberg – intensivieren. Wir werden eine ambitionierte
61 Klimapolitik zur Agenda der Internationalen Bodenseekonferenz und des
62 Oberrheinrats machen. Außerdem werden wir unsere grüne Klimapolitik im Rahmen
63 der „Under2 Coalition“ vorantreiben und Klimaschutz sowie Klimaanpassung zum
64 Schwerpunkt im Rahmen unserer Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des
65 globalen Südens machen.

66 Da das Atomkraftwerk in Fessenheim abgeschaltet ist, wollen wir unseren Beitrag
67 zum deutsch-französischen „Zukunftsprozess Fessenheim“ leisten und ein positives
68 Beispiel für einen erfolgreichen Strukturwandel setzen. Dafür werden wir die
69 Region gemeinsam zu einem Forschungs- und Zukunftsstandort für Erneuerbare
70 Energien machen. Wir wollen die Energiewende europaweit voranbringen. Daher
71 setzen wir uns dafür ein, eine Erneuerbare-Energien-Union zu schaffen, die die
72 umfassende Nutzung grüner Energien fördert und koordiniert. Wir werden im
73 Bundesrat auf eine Revision des überalterten und einseitig auf die Nutzung der
74 Atomenergie ausgerichteten EURATOM-Vertrags hinwirken.

75

76 Drei der vier Schweizer Atomkraftwerke stehen mehr oder weniger direkt an der
77 Grenze. Alle Schweizer Kraftwerke haben ihre technische Laufzeit bereits
78 überschritten. Wir wollen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit die
79 Abschaltung auch des Atomkraftwerkes Leibstadt und der Uraltmeiler Beznau I und
80 II erreichen. Wir fordern, dass das Land und die baden-württembergischen
81 Kommunen in den betroffenen Regionen an der Suche nach einem Schweizer Atommüll-
82 Endlager in der Grenzregion zu Baden-Württemberg gleichberechtigt mitwirken
83 können.

84 Neustart für fairen Handel - Globalisierung ökologisch und sozial gestalten

85 Wir Grüne stehen für eine Handelspolitik, die die Globalisierung gerecht
86 gestaltet und in ihren Handelsabkommen verbindlich soziale, ökologische und
87 menschenrechtliche Standards und das Vorsorgeprinzip festschreibt. Unser Ziel
88 ist eine Handelspolitik, die kommunale Daseinsvorsorge und die Möglichkeit der
89 Rekommunalisierung schützt, den Pariser Klimavertrag als wesentlichen
90 Bestandteil verankert und die parlamentarische Mitentscheidung bei der
91 sogenannten regulatorischen Kooperation garantiert. Sonderrechte und
92 Sonderjustiz für Investoren lehnen wir ab. Handelsabkommen dürfen es Staaten und
93 der EU nicht erschweren, eigene höhere Standards in Bezug auf Klima-, Umwelt-,
94 und Verbraucher*innenschutz festzulegen. Das sind unsere Maßstäbe für die
95 Zustimmung zu Handelsabkommen. Deshalb lehnen wir CETA in der jetzigen Form ab.
96 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Hauptsacheverfahren gegen CETA steht
97 noch aus. Erst danach wird die Bundesregierung dem Bundestag und dem Bundesrat
98 ein Ratifizierungsgesetz vorlegen. Unsere Position dazu werden wir davon
99 abhängig machen, ob unsere formulierten Anforderungen an EU-Handelsabkommen
100 erfüllt sind. Das Mercosur-Abkommen mit Südamerika lehnen wir ab, weil es
101 unseren Ansprüchen an Umwelt- und Klimaschutz und an die Menschenrechte nicht
102 ansatzweise genügt.

103 Mobilität, Bildung und Forschung über Grenzen hinweg gestalten

104 Wir alle sind Europa. Als europäische Bürger*innen leben und gestalten wir
105 europäischen Zusammenhalt im Alltag. Deshalb setzen wir uns für das
106 Landtagswahlrecht für alle EU-Bürger*innen ein, die dauerhaft in Baden-
107 Württemberg leben. Wir unterstützen die Einrichtung eines Kompetenzzentrums zur
108 Förderung von Städtepartnerschaften und kulturellem und zivilgesellschaftlichem
109 Austausch. Damit Europa noch besser zusammenwachsen kann, wollen wir die
110 Verkehrslücken zwischen Baden-Württemberg und dem Elsass am Oberrhein schließen
111 und bestehende Verbindungen wie die Bahnlinie Stuttgart-Zürich erweitern. Dabei
112 setzen wir auf die Förderung klimafreundlicher Mobilitätskonzepte und werden den
113 grenzüberschreitenden ÖPNV ausbauen und attraktiver gestalten. Die 2017 in
114 Betrieb genommene Straßenbahn zwischen Kehl und Straßburg ist ein Erfolg – wir
115 werden dem weitere solche Projekte folgen lassen!

116 Über eine mehrsprachige App möchten wir ein ÖPNV-Ticket für die gesamte Region
117 Oberrhein anbieten und die Vernetzung der unterschiedlichen Mobilitätsträger
118 verbessern. Dazu gehört auch, das kostengünstige Baden-Württemberg-Ticket auf
119 Ziele im Elsass und in der Schweiz zu erweitern. Wir Grüne engagieren uns für
120 ein starkes europäisches Bahnnetz, die Anbindung Baden-Württembergs durch
121 europäische Nachtzüge, für das Schließen von Lücken im grenzüberschreitenden
122 Bahnverkehr und die Reaktivierung von Bahnverbindungen über den Rhein.
123 Insbesondere die Bahnlinie zwischen Freiburg und Colmar ist für uns ein
124 wichtiges europa- und verkehrspolitisches Projekt. Wir setzen uns für die
125 zeitnahe Einführung einer europäischen Umweltplakette ein. Auch im Bildungs- und
126 Forschungsbereich wollen wir Europa zur gelebten Normalität machen. Französisch
127 als Sprache des Nachbarn muss wieder Grundschulfach ab der ersten Klasse sein.
128 Das Potenzial attraktiver Austauschprogramme soll nicht nur für Studierende,

129 sondern auch für Schüler*innen aller Schularten und auch für Auszubildende
130 weiter gestärkt werden. Wir wollen die Idee von Europäischen Universitäten
131 weiterentwickeln und dabei helfen, dass EUCOR zu einem gemeinsamen Campus mit
132 grenzüberschreitendem Semesterticket wird. Zu dem trinationalen Verbund EUCOR
133 gehören fünf Universitäten in der Oberrheinregion: Basel, Freiburg, Haute-
134 Alsace, Strasbourg und das Karlsruher Institut für Technologie. Auch eine
135 deutsch-französische Berufsschule wollen wir ins Leben rufen. Das Programm
136 „Erasmus +“ werden wir weiter ausbauen. Die Entwicklung von Zukunftstechnologien
137 lebt von internationalem Austausch! Etwa bei der Forschung an Künstlicher
138 Intelligenz wollen wir den grenzüberschreitenden Austausch zwischen
139 Wissenschaftler*innen sowie gemeinsame Forschungsprojekte fördern. Wir setzen
140 uns dafür ein, das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizon
141 Europe“ ambitionierter auszugestalten. Die Inhalte des Programms orientieren
142 sich an wichtigen gesellschaftlichen Fragen zu Gesundheit, Umwelt oder Verkehr.
143 Ziel ist es, die wissenschaftliche Exzellenz in Europa zu fördern.

144 Das grenzenlose Arbeiten in Europa braucht soziale Leitplanken, die europaweit
145 eingehalten werden. Wir werden weiterhin die aufsuchende, mobile Beratung für
146 Lkw-Fernfahrer*innen an Autobahn-Rastplätzen unterstützen. Wir kämpfen
147 transnational mit den Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen und werden
148 staatliche Kontrollen ausbauen. Mit einem mehrsprachigen Flyer werden wir über
149 EU-Arbeitsbedingungen informieren. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Wir wollen
150 eine gerechte Bezahlung ausländischer Arbeitskräfte auch in der Praxis umsetzen
151 und werden die Arbeit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit stärken.

152 **Donauraumstrategie als politisches Projekt zur Demokratieförderung** 153 **weiterentwickeln**

154 Wir wollen den Donauraum zur europäischen Lebensader machen. Baden-Württemberg
155 als Ursprungsland der Donau engagiert sich bereits intensiv in der
156 Donauraumstrategie. Diese wollen wir über die wirtschaftliche Kooperation hinaus
157 als politisches Projekt weiterentwickeln. Dafür möchten wir Austauschprojekte
158 für Studierende, Azubis und Schüler*innen, für Start-ups und im Wissenschafts-
159 und Medienbereich fördern. Für uns Grüne ist wichtig, dass die
160 Donauraumstrategie der Demokratieförderung dient. Wir brauchen ein klares
161 Bekenntnis zu Bürger*innenrechten. Wir fordern von allen Donauanrainerstaaten
162 ein Einstehen für eine humane Flüchtlingspolitik, eine liberale
163 Minderheitenpolitik etwa gegenüber den Roma und ein konsequentes Vorgehen gegen
164 Korruption. Auch die Gleichberechtigung der Geschlechter ist uns Grünen ein
165 wichtiges Anliegen. Wir werden weiterhin Frauenprojekte für Sinti und Roma in
166 Südosteuropa unterstützen. Wir sagen dem Frauenhandel gemeinsam mit anderen
167 Staaten wirksam und konsequent den Kampf an!

168 Das gemeinsame Einstehen für die Menschenrechte, eine humane Flüchtlingspolitik,
169 eine liberale Minderheitenpolitik und ein konsequentes Vorgehen gegen Korruption
170 ist Fundament der Europäischen Union und Voraussetzung für eine Partnerschaft
171 mit uns. Die gegenwärtigen Regierungen von Polen und Ungarn, die Frauen das
172 Recht auf Abtreibung absprechen, LSBTTIQ-freie Zonen ausrufen oder
173 antisemitische Verschwörungsmymthen verbreiten, können wir daher nicht als

174 Partnerinnen betrachten. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, den Teil der
175 Zivilgesellschaft in diesen Ländern zu stärken, der die europäischen Werte
176 teilt.

177 **Entwicklungszusammenarbeit voranbringen: Wir tragen globale Verantwortung**

178 Wir wollen unserer Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung und für die
179 Einhaltung von internationalen Umwelt- und Sozialstandards gerecht werden.
180 Deshalb hat die grün-geführte Landesregierung die Verwaltungsvorschrift des
181 Landes für eine faire und nachhaltige öffentliche Beschaffung erlassen. Diese
182 wollen wir ökologisch und sozial weiterentwickeln und ihre Regelungen
183 verbindlicher machen. Ihre Umsetzung muss durch Schulungsangebote, Monitoring,
184 Transparenz, ambitionierte und messbare Ziele sowie neue Instrumente wie die
185 Etablierung einer Landeskompentenzstelle für nachhaltige Beschaffung
186 sichergestellt werden. Landeseigene Unternehmen, die auch außerhalb von
187 Deutschland Geschäftsbeziehungen unterhalten, wollen wir dazu verpflichten,
188 Vorreiter bei der Umsetzung unternehmerischer Sorgfaltspflichten (due diligence)
189 zur Einhaltung fairer, sozialer und ökologischer Produktionsbedingungen in der
190 gesamten Lieferkette zu werden. Im Bund setzen wir uns für ein ambitioniertes
191 Lieferkettengesetz ein, das verbindlich menschenrechtliche Sorgfaltspflichten
192 verankert und effektive Sanktionsmöglichkeiten eröffnet, wenn diese verletzt
193 werden.

194 Baden-Württemberg lebt von seinen starken, weltweit tätigen Unternehmen und
195 seiner lebendigen Zivilgesellschaft. Sie bergen großes Potenzial, unsere
196 internationale Zusammenarbeit fit zu machen für die globalen Herausforderungen
197 und den überfälligen ökologisch-sozialen Transformationsprozess des neuen
198 Jahrzehnts! Die vielen Akteur*innen und Projekte in der
199 Entwicklungszusammenarbeit werden wir Grüne weiterhin fördern und über alle
200 Bereiche vernetzen. Dabei legen wir besondere Aufmerksamkeit auf die
201 wirtschaftlichen, sozialen und politischen Beziehungen zum europäischen
202 Nachbarkontinent Afrika. Entwicklungszusammenarbeit ist für uns eine
203 Querschnittsaufgabe. Das heißt: Baden-Württemberg übernimmt weltweit
204 Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Gestaltung
205 der Zukunft. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir das breite Netzwerk der
206 entwicklungspolitischen Akteur*innen weiterhin intensiv unterstützen und den
207 entwicklungspolitischen Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, der
208 Wissenschaft und der Wirtschaft vertiefen. Über den Rat für
209 Entwicklungszusammenarbeit sowie über Informations- und Netzwerkplattformen
210 werden wir dafür sorgen, die vorhandenen Ressourcen noch wirksamer nutzen zu
211 können. Projekte und das Engagement in Ländern des Globalen Südens sind dabei
212 von großer Bedeutung. Genauso wichtig ist es, hierzulande die Bildung für
213 nachhaltige Entwicklung und das Globale Lernen im schulischen und
214 außerschulischen Bereich zu fördern sowie ein entwicklungspolitisches
215 Bewusstsein zu schaffen. Dazu gehört auch eine kritische Auseinandersetzung mit
216 der eigenen Vergangenheit. Daher wollen wir die deutsche und europäische
217 Kolonialvergangenheit zu einem festen Bestandteil in den Lehrplänen und -
218 materialien an Schulen und Universitäten machen und diese bei der Aus- und

219 Fortbildung von Lehrkräften stärker verankern. Der deutsche Kolonialismus hat
220 auch sichtbare Spuren in Form von Denkmälern, Straßennamen, Gebäuden und
221 Institutionen hinterlassen. Wir unterstützen die kritische Auseinandersetzung
222 mit diesem Erbe und wollen dies mit der Fachexpertise des Landesarchivs und der
223 historischen Fakultäten der Landesuniversitäten unterstützen.

224 Wir wollen den begonnenen Perspektivenwechsel der globalen Verantwortung als
225 wirtschaftsstarkes Land weiter vorantreiben. Wir werden dazu beitragen, dass
226 unsere Wirtschafts- und Lebensweise die Lebensgrundlage unserer Partnerländer
227 respektiert und nicht zerstört. Konsequente Nachhaltigkeit bestimmt daher nicht
228 nur unsere politischen Inhalte, sondern auch die Arbeitsweise unserer
229 Institutionen. Die Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg wollen wir stärken
230 und weiterentwickeln. Die konkreten Ziele der einzelnen Ressorts sollen noch
231 systematischer und deutlicher an Nachhaltigkeit und globaler Verantwortung
232 ausgerichtet werden. Über die Maßnahmen und Fortschritte sollen die
233 Landesministerien jährlich öffentlich berichten.

234 Die Landesförderung und unser Engagement werden wir im Sinne der
235 entwicklungspolitischen Leitlinien Baden-Württembergs auf ausgewählte
236 Partnerregionen des Landes fokussieren. Dazu werden wir die aufgebauten und
237 bewährten Strukturen nutzen. Der Landespartnerschaft mit Burundi, die über das
238 Kompetenzzentrum Burundi der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-
239 Württemberg (SEZ) koordiniert wird, kommt für uns besondere Bedeutung zu: Sie
240 ist über Jahrzehnte als Graswurzelpartnerschaft gewachsen. Was wir mit Kritik
241 und Sorge beobachten, ist die Menschenrechtslage in Burundi. Daher wollen wir
242 den Einsatz für Menschenrechte und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft
243 noch weiter stärken.

244 **Darum Grün!**

245 Wer Grün wählt, stimmt für

- 246 • ein Baden-Württemberg, das auch in Krisenzeiten internationale Solidarität
247 lebt und lokal handelt
- 248 • mehr europäische Souveränität bei der Beschaffung wichtiger
249 Gesundheitsgüter wie Medikamente, Impfstoffe, medizinische Geräte und
250 Schutzkleidung durch die Produktion in Europa und Baden-Württemberg
- 251 • die Weiterentwicklung der Donaunraumstrategie als politisches Projekt –
252 über wirtschaftliche Kooperationen hinaus
- 253 • die Stärkung und den Ausbau einer fairen, nachhaltigen öffentlichen
254 Beschaffung und die Verankerung von Klimaschutz und Menschenrechten in
255 Handelsabkommen
- 256 • globale nachhaltige Entwicklung und Gerechtigkeit